



Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 30/2021

29. Juli 2021

Inhaltsverzeichnis

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Abfallwirtschaftsverbandes
Chemnitz über die Feststellung des Jahresab-
schlusses 2019 vom 31. März 2021 A 418

Gerichte

Aufgebotsverfahren..... A 422

Stellenausschreibungen

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz über die Feststellung des Jahresabschlusses 2019

Vom 31. März 2021

Gemäß § 34 Absatz 2 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) und des Beschlusses über die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz, gemäß § 19 Absatz 1 der Satzung des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz wird nachfolgender Beschluss Nummer BVV 100/2021 vom 26. Januar 2021 der Verbandsversammlung bekannt gegeben:

- Der Jahresabschluss zum 31.12.2019 des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz, geprüft durch Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH, Chemnitz

Bilanzsumme	17.043.174,39 €
davon entfallen auf der Aktivseite	
- das Anlagevermögen	6.593.836,81 €
- das Umlaufvermögen	2.115.075,54 €
- Rechnungsabgrenzungsposten	1.232,12 €
- Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	8.333.029,92 €
davon entfallen auf der Passivseite	
- das Eigenkapital	0 €
- Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	214.368,58 €
- die Rückstellungen	10.613.116,00 €
- die Verbindlichkeiten	6.215.566,31 €
- Rechnungsabgrenzungsposten	123,50 €
Jahresverlust	- 2.841.796,25 €
Summe der Erträge	16.447.889,29 €
Summe der Aufwendungen	19.289.685,54 €

wird festgestellt.

- Der Jahresverlust beträgt 2.841.796,25 €. Er wird auf neue Rechnung vorgetragen.
- Dem Verbandsvorsitzenden, dem Verwaltungsrat und der Geschäftsführung des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz wird für den Zeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2019 Entlastung erteilt.

Dem Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2019 wurde der Bestätigungsvermerk wie folgt erteilt:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Abfallwirtschaftsverband Chemnitz, Chemnitz

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des **Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz, Chemnitz** – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz, Chemnitz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigelegte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften i. V. mit den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Verbandes zum 31. Dezember 2019 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigelegte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Verbandes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB i.V.m. den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Be-

rufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Hinweis auf bestandsgefährdende Tatsachen – Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes

Wir weisen auf die Ausführungen der gesetzlichen Vertreter im Lagebericht hin. Dort wird im Abschnitt 12.4 ausgeführt, dass sich in 2019 – bedingt durch ein negatives operatives Ergebnis resultierend aus gestiegenen Entsorgungsaufwendungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Quecksilberproblematik, und die verzögerte Umsetzung der BHKW sowie durch Aufzinsungsbeträge der Nachsorgeverpflichtungen – ein Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 2.841 entstanden ist. Dies führt zu einer Beeinträchtigung der Vermögens- und Finanzlage.

Des Weiteren führen die gesetzlichen Vertreter im Lagebericht unter Abschnitt 15 aus, dass zum 31. Dezember 2019 ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von T€ 8.333 ausgewiesen wird. Demzufolge ist der Verband zum Abschlussstichtag bilanziell überschuldet. Im Lagebericht des Verbandes wird das negative Eigenkapital mit den in 2019 und Vorjahren entstandenen negativen Jahresergebnissen begründet. Dies steht der Fortführung des Verbandes grundsätzlich nicht entgegen, da der Verband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Die wirtschaftliche Fortführung ist von der Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit des Verbandes abhängig.

Gemäß Abschnitt 12.2 des Lageberichtes konnte der Verband seine finanziellen Verpflichtungen nur durch die regelmäßige Inanspruchnahme von Kassenkrediten erfüllen. Bis zum Geschäftsjahr 2022 wird der Verband zur Sicherung seiner Geschäftstätigkeit auf Liquiditätsunterstützung angewiesen sein.

Der Bestand ist durch die fehlende Liquidität des Verbandes gefährdet. Durch die Umsetzung der Maßnahmen des beschlossenen Haushaltsstrukturkonzeptes besteht kein bedeutsamer Zweifel an der Fähigkeit zur wirtschaftlichen Fortführung der Unternehmenstätigkeit.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht sind diesbezüglich nicht modifiziert.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der für die Überwachung Verantwortlichen für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit

des Verbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Verbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die für die Überwachung Verantwortlichen sind verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Verbandes zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Verbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB i.V.m. § 32 SächsEigBVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Un-

richtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Verbandes abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Verbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungs-

nachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verband seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Verbandes.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Chemnitz, 25. September 2020

Göken, Pollak und Partner
Treuhandgesellschaft mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft

gez. Held
Wirtschaftsprüfer

gez. ppa. Dumke
Wirtschaftsprüferin

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsät-

zen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Chemnitz, 25. September 2020

Göken, Pollak und Partner
Treuhandgesellschaft mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft

gez. Held
Wirtschaftsprüfer

gez. ppa. Dumke
Wirtschaftsprüferin

(An dieser Stelle endet die Wiedergabe des Bestätigungsvermerks.)

Chemnitz, den 31. März 2021

Abfallwirtschaftsverband Chemnitz
Miko Runkel
Verbandsvorsitzender

Nach § 88 c Absatz 3 der ab 1. Januar 2018 gültigen Fassung der Sächsischen Gemeindeordnung sind die Jahresabschlüsse unbefristet zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen. Der Jahresabschluss und der Lagebericht des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz liegen ab dem Tag nach

der Veröffentlichung der ortsüblichen Bekanntgabe in der Geschäftsstelle des Verbandes, Weißer Weg 180 in Chemnitz, während der Geschäftszeit (Mo – Do 8.00 – 16.00, Fr 8.00 – 13.00) zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Chemnitz, den 31. März 2021

Miko Runkel
Verbandsvorsitzender

Gerichte

Aufgebotsverfahren

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 7/21

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung der Grundsschuldbriefe über die im Grundbuch des Amtsgerichts Chemnitz von Alchemnitz, Blatt 1994 in Abteilung III unter Nummer 3 eingetragenen Grundsschuld in Höhe von 50 000,00 DM, Blatt 2058 in Abteilung III unter Nummer 3 eingetragenen Grundsschuld in Höhe von 60 000,00 DM und Blatt 2061 in Abteilung III unter Nummer 3 eingetragenen

Grundsschuld in Höhe von 60 000,00 DM wird der Ausschließungsbeschluss vom 8. Juli 2021 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz im Zimmer 2.121 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 15. Juli 2021

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Stellenausschreibungen

Die Landeshauptstadt Dresden ist eine von hoher Lebensqualität, sozialer und kultureller Vielfalt geprägte Großstadt. Ihr Reichtum ist vielfältig: Barocke Baudenkmale und überwältigende Kunstschatze treffen auf eine pulsierende Wissenschaft und Forschung. Die Weite der Elbwiesen, ihre Schlösser und Weinberge beeindrucken zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland. In Dresden, als wachsende Großstadt mit circa 560.000 Einwohnern, lässt es sich nicht nur hervorragend leben und wohnen, sondern auch arbeiten.

Als Arbeitgeberin bietet die Landeshauptstadt Dresden ein breites Spektrum unterschiedlicher Einsatzmöglichkeiten und persönlicher Entfaltung. Die Aufgaben sind vielfältig, jeden Tag gilt es, an der Gestaltung der Stadt und ihrer zahlreichen bürgerschaftlichen Anliegen mitzuwirken.

Die Gleichbehandlung aller sich bewerbenden Personen ist uns nicht nur gesetzlicher Auftrag, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Im Bauaufsichtsamt, Abteilung Sondervorhaben/Werbung der Landeshauptstadt Dresden, ist die Stelle

Sachbearbeiter Wiederkehrende Prüfungen (m/w/d)

Chiffre: 63210601

ab sofort unbefristet zu besetzen.

Bewerbung bis: 11. August 2021 (Verlängerung)
Arbeitszeit: Vollzeit, 40 Stunden pro Woche
Entgeltgruppe: 11 TVöD-V
Tätigkeitsbereich: Ingenieurinnen und Ingenieure

Was wir bieten

- tarifliches Entgelt plus Jahressonderzahlung
- 30 Tage Erholungsurlaub bei einer 5-Tage-Woche im Kalenderjahr
- Betriebliche Altersvorsorge (Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes)
- Familienfreundlichkeit (zum Beispiel durch flexible Arbeitszeit)
- umfangreiche Qualifizierungsangebote
- gesundheitsfördernde und -erhaltende Maßnahmen im Rahmen unseres Betrieblichen Gesundheitsmanagement
- Vergünstigungen im Personennahverkehr (Job-Ticket)

Diese Aufgaben erwarten Sie

- Durchführung der Wiederholungs- und gegebenenfalls Nachprüfungen von Sonderbauten nach den Vorschriften der Sächsischen Bauordnung in Verbindung mit den

Sonderbauvorschriften, Beurteilung von vorgelegten Nachweisen und Gutachten in Abstimmung mit Sachverständigen, Prüferingenieuren und anderen Behörden

- Erkennen möglicher Gefahrenlagen im Ergebnis der wiederkehrenden Prüfung, Verfolgung von Mängeln
- Einleitung von Ordnungs- und Bußgeldverfahren
- Bearbeitung von Bauanträgen und Abweichungsentscheidungen geprüfter Objekte
- Führen des Verzeichnisses zu prüfender Objekte
- Beratung von Bauherren und Beteiligten zu komplexen Sachverhalten

Das bringen Sie mit

- abgeschlossene technisch-ingenieurwissenschaftliche Hochschulbildung, Diplom (FH, BA), Bachelor (FH, BA oder Uni) in der Fachrichtung Bauingenieurwesen (vorzugsweise im Bereich Hochbau) oder Architektur

Sie sollten darüber hinaus

- über Berufserfahrung auf dem Gebiet der brandschutztechnischen Planung, Ausführung oder Prüfung von Sonderbauten von mindestens drei Jahren verfügen,
- einen Führerschein der Klasse B besitzen,
- über nachgewiesene zusätzliche Kenntnisse im Bereich Brandschutz (zum Beispiel Seminare, Fortbildungen, zusätzliche Berufsabschlüsse) und Sonderbauvorschriften (insbesondere der Sächsischen Versammlungsstättenverordnung, der Sächsischen Beherbergungsstättenbaurichtlinie, der Sächsischen Schulbaurichtlinie) verfügen sowie
- entscheidungsfähig und sicher im Auftreten sein.

Haben Sie Lust, Ihr Können und Ihre Ideen in der Landeshauptstadt Dresden einzubringen? Erfüllen Sie die Anforderungen?

Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

Bewerben Sie sich mit Ihren vollständigen Unterlagen online über bewerberportal.dresden.de. Aus Sicherheitsgründen können nur Anhänge im PDF-Format angenommen werden.

Bis zum Abschluss des Auswahlverfahrens werden Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des Sächsischen Datenschutzdurchführungsgesetzes (SächsDSDG) in maschinenlesbarer Form im Personalmanagementsystem gespeichert und ausschließlich für den Zweck dieses Verfahrens verarbeitet und genutzt. Ihre persönlichen Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Die ausführlichen Datenschutzhinweise finden Sie unter: www.dresden.de/stellen.

Die Landeshauptstadt Dresden ist eine von hoher Lebensqualität, sozialer und kultureller Vielfalt geprägte Großstadt. Ihr Reichtum ist vielfältig: Barocke Baudenkmale und überwältigende Kunstschatze treffen auf eine pulsierende Wissenschaft und Forschung. Die Weite der Elbwiesen, ihre Schlösser und Weinberge beeindrucken zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland. In Dresden, als wachsende Großstadt mit circa 560.000 Einwohnern, lässt es sich nicht nur hervorragend leben und wohnen, sondern auch arbeiten.

Als Arbeitgeberin bietet die Landeshauptstadt Dresden ein breites Spektrum unterschiedlicher Einsatzmöglichkeiten und persönlicher Entfaltung. Die Aufgaben sind vielfältig, jeden Tag gilt es, an der Gestaltung der Stadt und ihrer zahlreichen bürgerschaftlichen Anliegen mitzuwirken.

Die Gleichbehandlung aller sich bewerbenden Personen ist uns nicht nur gesetzlicher Auftrag, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Im Bauaufsichtsamt, Abteilung Sondervorhaben/Werbung der Landeshauptstadt Dresden, ist die Stelle

**Sachgebietsleiter Sondervorhaben
(m/w/d)**

Chiffre: 63210701

zum nächstmöglichen Zeitpunkt unbefristet zu besetzen.

Bewerbung bis: 3. August 2021
Arbeitszeit: Vollzeit, 40 Stunden pro Woche
Entgeltgruppe: 13 TVöD-V
Tätigkeitsbereich: Ingenieurinnen und Ingenieure

Was wir bieten

- tarifliches Entgelt plus Jahressonderzahlung
- 30 Tage Erholungsurlaub bei einer 5-Tage-Woche im Kalenderjahr
- Betriebliche Altersvorsorge (Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes)
- Familienfreundlichkeit (zum Beispiel durch flexible Arbeitszeit)
- umfangreiche Qualifizierungsangebote
- gesundheitsfördernde und -erhaltende Maßnahmen im Rahmen unseres Betrieblichen Gesundheitsmanagements
- Vergünstigungen im Personennahverkehr (Job-Ticket)

Diese Aufgaben erwarten Sie

- Organisation und Koordinierung des Sachgebietes, Mitwirkung bei der Erarbeitung von notwendigen Grundlagen und Kontrolle zur Gewährleistung einer einheitlichen Handlungsweise bei Genehmigungs- und Ordnungsverfahren sowie den bautechnischen Prüfungen
- Erarbeiten von Beurteilungen und Leistungsbewertungen als Vorgesetzter/Vorgesetzte

- Zuarbeit zu Dienst- und Fachaufsichtsbeschwerden, Petitionen und ähnlichem an die Landesdirektion, kommunalpolitische Gremien und anderen Stellen
- Vertretung des Amtes in Arbeitsgruppen und bei Projekten
- Bearbeitung und abschließende Prüfung von Bauanträgen, Vorbescheiden und Abweichungsentscheidungen von Vorhaben mit besonderer kommunalpolitischer Relevanz beziehungsweise besonders komplexer Sonderbauten, Prüfung von Brandschutzkonzepten
- Bauzustandsbesichtigungen
- Beratung und Konsultation für Bauherren und Planer zur Klärung von komplexen Einzelfragen des vorbeugenden baulichen Brandschutzes

Das bringen Sie mit

- abgeschlossene technisch-ingenieurwissenschaftliche Hochschulbildung, Diplom (FH, BA), Bachelor (FH, BA oder Uni) in der Fachrichtung Bauingenieurwesen (vorzugsweise im Bereich Hochbau) oder Architektur

Sie sollten darüber hinaus

- über einschlägige Berufserfahrung von mindestens drei Jahren verfügen,
- über nachgewiesene zusätzliche Kenntnisse im Bereich Baustatik, Brandschutz (zum Beispiel Seminare, Fortbildungen, zusätzliche Berufsabschlüsse) und diversen Sonderbauvorschriften (insbesondere der Sächsischen Versammlungsstättenverordnung, der Sächsischen Beherbergungsstättenbauordnung, der Sächsischen Schulbauordnung) verfügen,
- einen Führerschein der Klasse B besitzen sowie
- entscheidungsfähig und sicher im Auftreten sein.

Haben Sie Lust, Ihr Können und Ihre Ideen in der Landeshauptstadt Dresden einzubringen? Erfüllen Sie die Anforderungen?

Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

Bewerben Sie sich mit Ihren vollständigen Unterlagen online über bewerberportal.dresden.de. Aus Sicherheitsgründen können nur Anhänge im PDF-Format angenommen werden.

Bis zum Abschluss des Auswahlverfahrens werden Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des Sächsischen Datenschutzdurchführungsgesetzes (SächsDSG) in maschinenlesbarer Form im Personalmanagementsystem gespeichert und ausschließlich für den Zweck dieses Verfahrens verarbeitet und genutzt. Ihre persönlichen Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Die ausführlichen Datenschutzhinweise finden Sie unter: www.dresden.de/stellen.

Die Landeshauptstadt Dresden ist eine von hoher Lebensqualität, sozialer und kultureller Vielfalt geprägte Großstadt. Ihr Reichtum ist vielfältig: Barocke Baudenkmale und überwältigende Kunstschatze treffen auf eine pulsierende Wissenschaft und Forschung. Die Weite der Elbwiesen, ihre Schlösser und Weinberge beeindrucken zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland. In Dresden, als wachsende Großstadt mit circa 560.000 Einwohnern, lässt es sich nicht nur hervorragend leben und wohnen, sondern auch arbeiten.

Als Arbeitgeberin bietet die Landeshauptstadt Dresden ein breites Spektrum unterschiedlicher Einsatzmöglichkeiten und persönlicher Entfaltung. Die Aufgaben sind vielfältig, jeden Tag gilt es, an der Gestaltung der Stadt und ihrer zahlreichen bürgerschaftlichen Anliegen mitzuwirken.

Die Gleichbehandlung aller sich bewerbenden Personen ist uns nicht nur gesetzlicher Auftrag, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Im Bauaufsichtsamt, Abteilung Bauaufsicht der Landeshauptstadt Dresden, ist die Stelle

**Sachbearbeiter Bauaufsicht
(m/w/d)
Chiffre: 63210702**

zum nächstmöglichen Zeitpunkt unbefristet zu besetzen.

Bewerbung bis: 17. August 2021
Arbeitszeit: Vollzeit, 40 Stunden pro Woche
Entgeltgruppe: 11 TVöD-V
Tätigkeitsbereich: Ingenieurinnen und Ingenieure

Was wir bieten

- tarifliches Entgelt plus Jahressonderzahlung
- 30 Tage Erholungsurlaub bei einer 5-Tage-Woche im Kalenderjahr
- Möglichkeit des Bildungsurlaubs, Sonderurlaubs
- Betriebliche Altersvorsorge (Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes)
- Familienfreundlichkeit (zum Beispiel durch flexible Arbeitszeit)
- umfangreiche Qualifizierungsangebote
- gesundheitsfördernde und -erhaltende Maßnahmen im Rahmen unseres Betrieblichen Gesundheitsmanagement
- Vergünstigungen im Personennahverkehr (Job-Ticket)

Diese Aufgaben erwarten Sie

- Bearbeitung von Bauanträgen für die Errichtung, Änderung, Nutzungsänderung und den Abbruch baulicher Anlagen und von Vorbescheiden mit hoher Schwierigkeit
- Entgegennahme und abschließende Wertung der Stellungnahmen der am Genehmigungsverfahren beteiligten Fachämter und Träger öffentlicher Belange im Zuge des aufgedrängten Fachrechts einschließlich Führen von Abstimmungen

- Erteilung von Prüfaufträgen an Prüfengeure für Standsicherheit und Brandschutz und Wertung der Ergebnisse
- Erkennen der Notwendigkeit von rechtlichen Sicherungen, Veranlassung und Entgegennahme der Verpflichtungserklärungen, inhaltliche Prüfung auf Rechtmäßigkeit und Veranlassung der Eintragung in das Baulastenregister
- Verbescheidung der bearbeiteten Vorgänge
- Bauzustandsbesichtigungen
- Einleitung und Durchführung von bauaufsichtlichen Ordnungsrechtsverfahren nach der Sächsischen Bauordnung und dem Verwaltungsverfahrensgesetz; Durchführung von Vor-Ort-Besichtigungen; Wertung der Stellungnahmen von Fachämtern, Behörden und Sachverständigen; Erlass von bauordnungsrechtlichen Verfügungen/Anordnungen; Einleitung von Bußgeldverfahren; Durchsetzung der Verfügungen/Anordnungen mittels Vollstreckungsmaßnahmen
- Abgabe von Stellungnahmen im Widerspruchsverfahren, Erledigung von Abhilfen nach Aufforderung, Zuarbeiten an das Rechtsamt bei Klagen, Teilnahme an Gerichtsverhandlungen, Zuarbeiten an Vorgesetzte bei Beschwerden, Petitionen, Anfragen
- Auskünfte und Beratung während der Bearbeitungsphase von Bauvorhaben und außerhalb laufender Verfahren

Das bringen Sie mit

- abgeschlossene technisch-ingenieurwissenschaftliche Hochschulbildung, Diplom (FH, BA), Bachelor (FH, BA oder Uni) in der Fachrichtung Bauingenieurwesen (vorzugsweise im Bereich Hochbau) oder Architektur

Sie sollten darüber hinaus

- einen Führerschein der Klasse B besitzen,
- über nachgewiesene zusätzliche Kenntnisse im Bereich Brandschutz (zum Beispiel Seminare, Fortbildungen, zusätzliche Berufsabschlüsse) verfügen,
- kommunikations- sowie entscheidungsfähig und sicher in Ihrem Auftreten sein.

Haben Sie Lust, Ihr Können und Ihre Ideen in der Landeshauptstadt Dresden einzubringen? Erfüllen Sie die Anforderungen?

Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

Bewerben Sie sich mit Ihren vollständigen Unterlagen online über bewerberportal.dresden.de. Aus Sicherheitsgründen können nur Anhänge im PDF-Format angenommen werden.

Bis zum Abschluss des Auswahlverfahrens werden Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der EU-Datenschutzgrundverordnung und des Sächsischen Datenschutzdurchführungsgesetzes in maschinenlesbarer Form im Personalmanagementsystem gespeichert und ausschließlich für den Zweck dieses Verfahrens verarbeitet und genutzt. Ihre persönlichen Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Die ausführlichen Datenschutzhinweise finden Sie unter: www.dresden.de/stellen.

Die Landeshauptstadt Dresden ist eine von hoher Lebensqualität, sozialer und kultureller Vielfalt geprägte Großstadt. Ihr Reichtum ist vielfältig: Barocke Baudenkmale und überwältigende Kunstschatze treffen auf eine pulsierende Wissenschaft und Forschung. Die Weite der Elbwiesen, ihre Schlösser und Weinberge beeindrucken zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland. In Dresden, als wachsende Großstadt mit circa 560.000 Einwohnern, lässt es sich nicht nur hervorragend leben und wohnen, sondern auch arbeiten.

Als Arbeitgeberin bietet die Landeshauptstadt Dresden ein breites Spektrum unterschiedlicher Einsatzmöglichkeiten und persönlicher Entfaltung. Die Aufgaben sind vielfältig, jeden Tag gilt es, an der Gestaltung der Stadt und ihrer zahlreichen bürgerschaftlichen Anliegen mitzuwirken.

Die Gleichbehandlung aller sich bewerbenden Personen ist uns nicht nur gesetzlicher Auftrag, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Im Bauaufsichtsamt, Abteilung Bauaufsicht der Landeshauptstadt Dresden, ist die Stelle

**Sachbearbeiter Bauaufsicht
(m/w/d)
Chiffre: 63210703**

zum nächstmöglichen Zeitpunkt befristet als Mutterschutz- und Elternzeitvertretung zu besetzen.

Bewerbung bis: 17. August 2021
Arbeitszeit: Teilzeit, 32 Stunden pro Woche
Entgeltgruppe: 10 TVöD-V
Tätigkeitsbereich: Allgemeine Verwaltung

Was wir bieten

- tarifliches Entgelt plus Jahressonderzahlung
- 30 Tage Erholungsurlaub bei einer 5-Tage-Woche im Kalenderjahr
- Betriebliche Altersvorsorge (Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes)
- Familienfreundlichkeit (zum Beispiel durch flexible Arbeitszeit)
- umfangreiche Qualifizierungsangebote
- gesundheitsfördernde und -erhaltende Maßnahmen im Rahmen unseres Betrieblichen Gesundheitsmanagement
- Vergünstigungen im Personennahverkehr (Job-Ticket)

Diese Aufgaben erwarten Sie

- Bearbeitung von Bauanträgen für die Errichtung, Änderung, Nutzungsänderung und den Abbruch baulicher Anlagen, von Vorbescheiden, Anzeigeverfahren, Abwei-

chungsanträgen, Abgeschlossenheitsbescheinigungen und ähnlichem; Wertung der Stellungnahmen von Fachämtern, Behörden und Sachverständigen; Entgegennahme von Baulastverpflichtungserklärungen; Vorbescheidung der bearbeiteten Vorgänge; Entscheidung über die Kosten

- Beratung von Bauherren und Grundstückseigentümern über die Zulässigkeit von Bauvorhaben
- Bearbeitung und Entscheidung von Anträgen auf bauaufsichtsrechtliches Einschreiten unter besonderer Beachtung nachbarschützender Vorschriften
- Durchführung von Anhörungsverfahren, Erarbeitung von bauordnungsrechtlichen Verfügungen/Anordnungen, Einleitung von Bußgeldverfahren, Durchsetzung der Verfügungen/Anordnungen mittels Vollstreckungsmaßnahmen
- Bauüberwachung mit Durchführung von Bauzustandsbesichtigungen
- Zuarbeiten bei Beschwerden, Petitionen, Widersprüchen, Klagen und ähnlichem

Das bringen Sie mit

- abgeschlossene Hochschulbildung, Diplom (FH, BA), Bachelor (FH, BA oder Uni), Fachwirt (VWA, BA) vorzugsweise in der Fachrichtung öffentliche Verwaltung, A-II-Lehrgang

Sie sollten darüber hinaus

- über Kenntnisse im Verwaltungsrecht und öffentlichen Baurecht verfügen,
- entscheidungsfähig, kommunikativ sowie sicher in Ihrem Auftreten sein.

Haben Sie Lust, Ihr Können und Ihre Ideen in der Landeshauptstadt Dresden einzubringen? Erfüllen Sie die Anforderungen?

Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

Bewerben Sie sich mit Ihren vollständigen Unterlagen online über bewerberportal.dresden.de. Aus Sicherheitsgründen können nur Anhänge im PDF-Format angenommen werden.

Bis zum Abschluss des Auswahlverfahrens werden Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der EU-Datenschutzgrundverordnung und des Sächsischen Datenschutzgesetzes in maschinenlesbarer Form im Personalmanagementsystem gespeichert und ausschließlich für den Zweck dieses Verfahrens verarbeitet und genutzt. Ihre persönlichen Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Die ausführlichen Datenschutzhinweise finden Sie unter: www.dresden.de/stellen.

